

Niemand traut sich an das Renten-Problem heran

Zu „Die versteckte Renten-Lücke“, Thema: Die Altersvorsorge muss reformiert werden, aber die Parteien halten sich damit zurück.
MZ vom 25./26. Januar

Man muss kein Ökonom sein, um festzustellen, dass es in Deutschland „versteckte Rentenlücken“ gibt und dass sich aktuell keine der „großen“ Parteien an eine große Rentenreform herantraut. Auch die Empfehlung der Ifo-Forscher, das Renteneintrittsalter an die „ferne Lebenserwartung“ zu knüpfen

ist keine Lösung. Es ist schon eigenartig, dass von diesen Ökonomen die seit Jahren diskutierten Vorschläge zur Erhöhung der Zahl der Beitragszahler in die gesetzliche Rentenversicherung durch Einbeziehung von Beamten und Politikern überhaupt nicht betrachtet wird. Andere Länder wie Österreich oder Schweden haben es vorgemacht. Es ist nicht zu verstehen, dass Beamte im Durchschnitt fast 70 Prozent ihres vergleichsweise hohen Gehalts als Pension bekommen, man aber bei

den gesetzlichen Renten der abhängig Beschäftigten, die niedrigere Löhne haben, 48 Prozent als Ziel vorgibt. Fast 60 Milliarden Euro werden derzeit pro Jahr vom Bund aus dem Staatshaushalt an Pensionäre gezahlt, ohne dass diese Beiträge dafür entrichtet haben. Und die Zahl der Pensionäre steigt weiter, wie der MZ vom 27. Januar 2025 unter der Überschrift „Ausgaben für Pensionen steigen stark“ zu entnehmen war. Von Seiten der Politik hört man, dass dieses Pensionssystem nicht geändert wer-

den könne, weil es dann noch sehr lange Eigentumsansprüche der Pensionäre geben würde. Na und! Bei den Eigentumsansprüchen vieler DDR-Rentner hat die Bundespolitik doch auch keine Skrupel gehabt. Sie verwehrt etwa Berufsgruppen seit Jahrzehnten ihre gesetzlichen Renten- und Zusatzversorgungsansprüche. Gleichzeitig beziehen aber noch immer Nazi-Täter, Kriegsverbrecher und SS-Leute Kriegsoffer-Renten. Wo sind wir nur hingekommen!
Dr. Klaus-D. Weißenborn, Halle